

Großer, Günter; Jensen, Wiebke

Article — Digitized Version

US-Maßnahmen verunsichern die Weltwirtschaft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Großer, Günter; Jensen, Wiebke (1971) : US-Maßnahmen verunsichern die Weltwirtschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 9, pp. 478-482

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134309>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

US-Maßnahmen verunsichern die Weltwirtschaft

Günter Großer und Wiebke Jensen, Hamburg

Der wirtschaftspolitische Kraftakt des amerikanischen Präsidenten kam trotz der offenkundigen binnen- und außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten der USA mehr oder weniger überraschend, nachdem bis kurz vorher die Linie zversichtlichen Abwartens betont worden war. In den letzten Wochen hat sich denn auch der Eindruck verdichtet, daß das hastig konzipierte Programm mit geltenden Prinzipien und Verpflichtungen brach, ohne bereits die Konsequenzen voll zu berücksichtigen.

Eindeutig im Vordergrund der Überlegungen stand die innenpolitische Optik. Nur damit ist die Abwälzung der Schuld an der Dollarmisere auf „internationale Spekulanten“ und die „unfaire Behandlung amerikanischer Waren“ sowie der kaum verhüllte „Buy-American“-Appell zu erklären. Vor dem Hintergrund der jahrzehntelangen weltweiten Fortschritte bei der Liberalisierung des internationalen Handels- und Zahlungsverkehrs zeigen sich hier geradezu wirtschaftspolitische Atavismen.

Geringe Auslandsverflechtung der USA

Die Mißachtung außenwirtschaftlicher Komplikationen ist nicht zuletzt auf die geringe außenwirtschaftliche Verflechtung der USA zurückzuführen: Die Aus- und Einfuhr von Waren entspricht nur rd. 4% des Bruttosozialprodukts. Dennoch sind die USA aufgrund ihres überragenden ökonomischen Gewichts an der Welteinfuhr mit 13% stärker als alle anderen Volkswirtschaften beteiligt. Auch wenn deren Abhängigkeit vom Konjunkturverlauf in den USA sich, wie die Entwicklung der letzten Jahre unterstreicht, gelockert

hat, so müßten doch abrupte und einschneidende Änderungen der Einfuhrnachfrage seitens der USA beachtliche Rückwirkungen haben. Noch weit bedeutsamer aber sind die währungspolitischen Folgerungen, die sich schließlich aus der Suspendierung der Goldkonvertibilität des Dollars ergeben.

Das Programm des amerikanischen Präsidenten resultiert aus der Erkenntnis, daß sich noch keine baldige Überwindung der konjunkturpolitischen Fehlkonstellation von hoher Arbeitslosigkeit, starkem Preisauftrieb und außenwirtschaftlichem Ungleichgewicht abzeichnet. Die Passivierung der Handelsbilanz trotz niedrigem Beschäftigungsgrad von Arbeitskräften und Kapazitäten gab der Spekulation gegen den Dollar zusätzliche Nahrung, so daß das Zahlungsbilanzdefizit allein im ersten Halbjahr 1971 mit saisonbereinigt 11,3 Mrd. \$ fast die Höhe der Währungsreserven erreichte.

Unter den jetzt ergriffenen Maßnahmen ist binnenwirtschaftlich der Lohn- und Preisstopp besonders problematisch. Zwar dürfte die Einhaltung für 90 Tage – trotz fehlenden Kontrollapparats – keine übermäßigen Schwierigkeiten bereiten. Aber bisher ist noch kein erfolgversprechender Ansatz zu erkennen, wie darüber hinaus die erforderliche nachhaltige Änderung der inflatorischen Verhaltensweisen erreicht werden soll. Demgegenüber sind die konjunkturellen Ankurbelungsmaßnahmen wie vor allem die angekündigte Steuergutschrift auf Investitionsgüter aus heimischer Produktion, der Fortfall der Sondersteuer auf Personenkraftwagen und die steuerliche Entlastung der privaten Verbraucher ab Anfang 1972 durchaus erfolgversprechend, zumal die gleichzeitig verkündeten Kürzungen staatlicher Ausgaben teilweise nur auf dem Papier zu stehen scheinen.

Differenzierte Einfuhrbelastungen

Kurzfristig sind die außenwirtschaftlichen Folgen des verkündeten Programms wohl am einschneidendsten. Dabei ist eine allgemeingültige Aus-

Wiebke Jensen, 39, Dipl.-Volkswirt, Dr. rer. pol., ist als Referentin, Günter Großer, 39, Dipl.-Volkswirt, als stellvertretender Leiter in der Abteilung Konjunktur und Statistik des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg tätig.

sage wegen der außerordentlichen Differenzierung, die sich aus den Maßnahmen selbst und den unterschiedlichen Austauschbeziehungen zwischen den USA und ihren Handelspartnern ergibt, nahezu unmöglich. Ein Extremfall sind z. B. von Japan nach den USA gelieferte Investitionsgüter. Aus Importabgabe, steuerlicher Diskriminierung und Wechselkursänderung ergibt sich rechnerisch eine faktische Verteuerung gegenüber einheimischen Konkurrenzprodukten um rd. 30%. Andererseits erfahren die meisten der vorwiegend aus Entwicklungsländern gelieferten Rohwaren keinerlei zusätzliche Belastung.

Wird trotz dieser Differenzierung eine zusammenfassende Betrachtung gewagt, so ergibt sich aus der Importabgabe von maximal 10% auf etwa die Hälfte der amerikanischen Wareneinfuhr eine Durchschnittsbelastung von weniger als 5%. Stellt man dem die vor dem 15. August errechnete Einfuhrprognose der OECD für die USA von nominal 11% im Jahr 1971 und einem noch beschleunigten Tempo im ersten Halbjahr 1972 gegenüber, so ergibt sich daraus unter Berücksichtigung der zumeist überschätzten Preiselastizität der Importnachfrage der Schluß, daß die Einfuhr der USA — bei durchaus spürbaren kurzfristigen Bremswirkungen — in beiden Jahren noch deutlich expandieren wird. Erst Wechselkursänderungen, die faktisch eine erhebliche Abwertung des Dollars bedeuten, könnten etwa für 1972 zu einer absoluten Verringerung der Einfuhr in die USA führen.

Von der Einfuhrabgabe, die die Importe der USA kurzfristig am stärksten bremst, werden — nach amerikanischen Berechnungen — 94% der japanischen Lieferungen und zwischen 72% (Großbritannien) und 92% (BR Deutschland) der Lieferungen aus den wichtigsten westeuropäischen Industrieländern erfaßt. Demgegenüber bleiben die Bezüge aus Kanada zu drei Vierteln unbelastet; allerdings entspricht das restliche Viertel immer noch mehr als 3% des kanadischen Bruttosozialprodukts. Die Lieferungen der Entwicklungsländer nach den USA bestehen größtenteils aus Waren, die nicht der Einfuhrabgabe unterliegen. Aber gerade die Länder unter ihnen, deren Industrialisierung bereits das Ausfuhrangebot prägt, sind stark betroffen, so Hongkong, Taiwan und Südkorea. Dagegen sind die hemmenden Wirkungen der steuerlichen Diskriminierung ausländischer Investitionsgüter in den USA und der ausgelösten Wechselkursänderungen weitgehend auf die Industrieländer beschränkt.

Bei Berücksichtigung aller Einflüsse, die in Richtung einer Abwertung des Dollars wirken, hat sich vor allem die Außenhandelsituation Japans verschlechtert. Diese Stoßrichtung der amerikanischen Strategie ist keineswegs zufälliger Art. Nachdem

nämlich Japan Mitte der sechziger Jahre endlich aus der Phase wiederkehrender außenwirtschaftlicher Schwierigkeiten herausgelangt war, ergab sich in den letzten Jahren eine sehr starke Aktivierung der Zahlungsbilanz. Der Überschuß der laufenden Transaktionen war 1970 mit 2 Mrd. \$ schon doppelt so groß wie im Durchschnitt des vorangegangenen Jahrfünfts und wurde vor den jüngsten Ereignissen für 1971 bereits auf fast 3½ Mrd. \$ geschätzt. Dennoch zögerte die japanische Regierung, den Handels- und Zahlungsverkehr zu liberalisieren, und widersetzte sich einer Aufwertung des Yen.

Japan besonders betroffen

Da knapp ein Drittel der japanischen Ausfuhr auf die USA entfällt — das sind immerhin 3% des Bruttosozialprodukts —, sind die neuen Hemmnisse gerade auf diesem Markt außerordentlich spürbar. Dabei steht angesichts der seit einem Jahr anhaltenden Konjunkturdämpfung in Japan mehr der Nachfrageausfall als die Beeinträchtigung der Handels- und Zahlungsbilanz im Vordergrund. Erste japanische Schätzungen kamen — noch vor der Freigabe des Yen-Kurses — allein

ich
rechne
mit der BfG*)

***) BfG**
Bank für Gemeinwirtschaft
Wenn ich Geld anlegen
will. Oder wenn ich Geld brauche.

für das bis März 1972 laufende Finanzjahr zu Ausfuhrinbußen in den USA, die fast einem Viertel der vorher erwarteten Jahresausfuhr dorthin entsprachen. Für die gesamte japanische Ausfuhr wurde – unter Berücksichtigung von Folgewirkungen der amerikanischen Maßnahmen auf die Weltwirtschaft – eine Einbuße von fast 10% der erwarteten Ausfuhr angenommen. Die zugrunde gelegten Importelastizitäten sind allerdings nach den Erfahrungen, die z. B. bei Paritätsänderungen in Westeuropa gemacht wurden, weit überhöht. Eine Halbierung dieser japanischen Verlustrechnungen erscheint durchaus realistisch.

Mit dem Aufwertungseffekt nach der Freigabe des Yen-Kurses ist die Konkurrenzfähigkeit der japanischen Anbieter allerdings inzwischen zusätzlich beeinträchtigt worden, wengleich der schon innerhalb von drei Tagen gegenüber dem Dollar erreichte Aufwertungssatz von 6% im Verhältnis zu den anderen Währungen im Durchschnitt geringer ist, insbesondere bei Berücksichtigung der bereits seit Mai in Westeuropa erfolgten Wechselkursänderungen. Von entscheidender Bedeutung wird für die japanische Wirtschaft nunmehr die weitere Entwicklung der Kursrelationen sein, zumal wenn schließlich bei einer Neuordnung des Weltwährungssystems mit einer Aufhebung der amerikanischen Einfuhrabgabe gerechnet werden kann.

Gedämpfter Exportanstieg in Westeuropa

Dem betroffenen Handelsvolumen nach richtet sich die „Ersatzabwertung“ des Dollars besonders gegen die westeuropäischen Volkswirtschaften. Ihre Exportlieferungen sind an der Einfuhr der USA mit 28% (1970) zwar nur wenig mehr als diejenigen Kanadas und der Entwicklungsländer beteiligt (Japan: 15%), aber sie unterliegen in weit höherem Maße der Importabgabe. Auch der Anteil der – in den USA jetzt steuerlich diskriminierten – Investitionsgüter ist bei den westeuropäischen Lieferungen mit etwa 15 bis 20% vergleichsweise groß.

Von den Ausfuhrumsätzen der westeuropäischen Volkswirtschaften entfallen auf die USA nur durchschnittlich 8%. Bleibt jedoch der innereuropäische Außenhandel außer Betracht, so sind von den westeuropäischen Exporten nach anderen Wirtschaftsräumen 25% für die USA bestimmt. Die starke Erfassung dieser Lieferungen durch die Importabgabe spiegelt den hohen Anteil industrieller Halb- und Fertigwaren wider, der nach der Einfuhrstatistik der USA 1970 über 80% betrug. Dabei waren die wichtigsten Warengruppen Fahrzeuge mit 17%, Maschinen mit 14% und Textilien, Bekleidung, Schuhe mit zusammen 10%.

Um die amerikanischen Einfuhrerschwerungen zu quantifizieren, kann davon ausgegangen wer-

den, daß 80 bis 85% der westeuropäischen Ausfuhr nach den USA mit durchschnittlich 8 bis 9% Importabgabe belastet werden, d. h. die Gesamtausfuhr nach den USA rechnerisch mit rd. 7%. Die faktische Dollarabwertung dürfte seit Mitte August im westeuropäischen Durchschnitt erst mit 1 bis 2% ins Gewicht fallen, seit Anfang Mai allerdings schon mit rd. 4%. Unter Berücksichtigung auch der steuerlichen Diskriminierung der Investitionsgüterexporte ergibt sich so eine kostenmäßige Verschlechterung der westeuropäischen Konkurrenzposition in den USA gegenüber einheimischen Erzeugern um 10 bis 13%, je nach Berücksichtigung der wechselkurspolitischen Einflüsse.

Die Entwicklung der Ausfuhr hängt jetzt einmal davon ab, ob und in welcher Höhe die westeuropäischen Anbieter einen Teil der Belastungen selbst tragen, und zum anderen von der Reaktion der Einfuhrnachfrage in den USA auf Verteuerungen. Nach europäischen Erfahrungen und angesichts der Tatsache, daß bei wichtigen Erzeugnissen die Hauptkonkurrenten auf dem amerikanischen Markt japanische, d. h. noch stärker betroffene Anbieter sind, spricht vieles für die Annahme, daß die relative Absatzeinbuße nicht größer, sondern eher geringer ist als die relative Preiserhöhung, d. h. die Preiselastizität der Einfuhrnachfrage maximal 1 beträgt. Bei der voraussichtlichen, durch das Nixon-Programm noch forcierten Expansion der Gesamtnachfrage in den USA lassen diese Überlegungen erwarten, daß die Ausfuhr Westeuropas nach den USA, über einen Jahreszeitraum hinweg gesehen, auch unter den erschwerten Umständen noch steigen wird.

Eine angenommene Reduzierung des Anstiegs der westeuropäischen Exporte nach den USA von etwa 15% auf nur noch 5% „kostet“ nach gegenwärtigem Stand 1,3 Mrd. \$. Dieser Ausfall würde den Überschuß der laufenden Transaktionen in der westeuropäischen Zahlungsbilanz zum größeren Teil aufzehren. Demgegenüber bleiben die Einkommenswirkungen auch unter Berücksichtigung von Sekundäreffekten bei einem westeuropäischen Bruttosozialprodukt von weit über 800 Mrd. \$ so niedrig, daß leicht eine Kompensation durch wirtschaftspolitische Impulse möglich ist. Allerdings sind Schwierigkeiten in einzelnen Industriezweigen kaum vermeidbar.

Vorbelastete BRD

Vergleichsweise stark betroffen von den Maßnahmen zur Dämpfung der amerikanischen Einfuhr wird die BRD. Sie ist nämlich infolge der Wechselkursfreigabe vom 10. Mai vorbelastet. Die meisten anderen Länder – mit Ausnahme der Niederlande (Floating), der Schweiz und Österreichs (Aufwertung um 7,07 bzw. 5,05%) – hatten

nach dem 10. Mai die bisherigen festen Kurse ihrer Währungen beibehalten. Am 13. August, zwei Tage bevor Präsident Nixon sein Sanierungsprogramm verkündete, mußten amerikanische Käufer von Waren aus der Bundesrepublik, sofern in deutscher Währung zu zahlen war, bereits 0,2956 US-\$ (= reziprok des amtlichen Kassamittelkurses Frankfurt) für 1,- DM aufwenden. Im Durchschnitt des Monats April 1971 hatte das Austauschverhältnis noch 0,2752 : 1 betragen.

Der offiziellen, damals aber tatsächlich schon unterschrittenen Parität hätte sogar nur ein Betrag von 0,2732 US-\$ pro 1,- DM entsprochen. Auf sie bezogen beträgt der Aufwertungssatz der DM gegenüber dem Dollar 8,2%, ein Satz, der vielfach im Gespräch war. Um jedoch die Beeinträchtigung der Wettbewerbsstellung deutscher Exporteure durch die Wechselkursfreigabe zu umschreiben, ist es sinnvoller, statt der Parität den im Durchschnitt des Monats April tatsächlich gebildeten Kurs zugrunde zu legen. Der so errechnete Aufwertungssatz beträgt 7,4%. Diese „exportrelevante“ Rate, die auf die Verteuerung der deutschen Währung für Ausländer abstellt, fällt aus rechnerischen Gründen etwas höher aus als der

entsprechende „importrelevante“ Prozentsatz von 6,9%, der als Verhältnis des niedrigeren DM-Äquivalents vom 13. August (3,3830 DM pro 1 US-\$) zum höheren vom April (3,6343 DM) errechnet wird.

Die zehn Prozent betragende Einfuhrabgabe auf industrielle Erzeugnisse sowie der Beschluß der amerikanischen Regierung, ausländische Investitionsgüter steuerlich zu diskriminieren, traf die deutsche Exportwirtschaft also in einer Lage, als sie bereits durch das Floating im internationalen Wettbewerb benachteiligt war.

Kelne kritischen Auswirkungen

Von der deutschen Warenausfuhr geht rund ein Zehntel, davon fast 97% Erzeugnisse der verarbeitenden Industrie, in die Vereinigten Staaten. Im ersten Halbjahr 1971 hat der USA-Export stark überdurchschnittlich zugenommen. Besonders kräftig haben sich wegen des zunächst erwarteten, dann jedoch abgewendeten Streiks der amerikanischen Stahlarbeiter die deutschen Ausfuhr von Eisen- und Stahlerzeugnissen nach den USA erhöht. Bei diesen Gütern wäre deshalb ohnehin

1946-1971

25 JAHRE EUROPA-ARCHIV

Im Jahre 1971 begeht die von Wilhelm Cornides begründete Zeitschrift für internationale Politik ihr 25-jähriges Jubiläum. Die vollständige Sammlung des EUROPA-ARCHIV, Jahrgang 1—25, in 57 gebundenen Bänden mit über 32 000 Seiten ist aus diesem Anlaß bis zum Ende des Jubiläumjahres zum Pauschalpreis von DM 1800,— erhältlich.

Zur systematischen Erschließung dieser bisher erschienenen Jahrgänge, die mit rund 1600 Beiträgen und 4000 Dokumenten ein komplettes Nachschlagewerk für ein Vierteljahrhundert vergangener Zeitgeschichte bilden, dienen zwei Sammelregister mit alphabetischen Autorenverzeichnissen, chronologischen Dokumentenverzeichnissen und detaillierten Sachverzeichnissen:

Sammelregister 1946 — 1965. Ganzleinen, 323 Seiten DM 45,—

Sammelregister 1966 — 1970. Ganzleinen, 118 Seiten DM 22,—

**DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR AUSWÄRTIGE POLITIK
EUROPA-ARCHIV-VERTRIEB**

6 FRANKFURT AM MAIN, POSTFACH 3685

eine lagerzyklische Reaktion eingetreten, die nicht der amerikanischen Einfuhrbeschränkung zuzuschreiben sein wird.

Der hochgradig exportabhängige und zudem vorrangig auf den US-Markt ausgerichtete Straßenfahrzeugbau wird von der amerikanischen Importabgabe besonders stark betroffen. Etwa ein Viertel seiner Ausfuhren wird in die Vereinigten Staaten geliefert. Da der gesamte Auslandsumsatz mit 39% am Gesamtumsatz beteiligt ist, trifft die Importabgabe rund ein Zehntel des Gesamtumsatzes dieser Industrie. Die zusätzliche Belastung beträgt allerdings nicht 10%, sondern 6,5% zu den bisher schon auf importierte Kraftfahrzeuge erhobenen 3,5%. Mit dem Wegfall der siebenprozentigen Kaufsteuer auf alle Automobile werden sich daher die eingeführten Wagen sogar leicht verbilligen – einheimische allerdings um den vollen Satz. Der so entstehende Wettbewerbsnachteil der Importwagen könnte bis zu einem gewissen Grade durch Präferenzen der Käufer für ausländische Kleinwagen ausgeglichen werden. Relativ gering dürfte auch die Preiselastizität der Nachfrage nach hochspezialisierten deutschen Investitionsgütern sein. Bei den übrigen Industriezweigen beträgt der Anteil ihrer USA-Ausfuhr am Gesamtumsatz gut fünf bis knapp ein Prozent. Allerdings sind einzelne Unternehmungen erheblich stärker betroffen.

Die direkten Wirkungen der amerikanischen Maßnahmen auf den deutschen Export nach den USA sollten deshalb nicht überschätzt werden. Wenn es überhaupt kurzfristig zu einem Rückgang kommt – abgesehen von der Reaktion der Stahlausfuhr –, dann dürfte er nicht sehr stark sein. Als mittelbare Folge des amerikanischen Vorgehens wird sich allerdings der Wettbewerb auf den Weltmärkten allgemein verschärfen. Exportdämpfung und Importdruck werden die Abkühlungstendenzen der Konjunktur verstärken und einen Beitrag zur Stabilisierung leisten.

Entlastung durch indirekte Wirkungen

Die allgemeine Interdependenz wirtschaftlicher Vorgänge bedingt jedoch stets zahlreiche Neben- und Rückwirkungen einer einmaligen Datenänderung. So wird in dem Maße, wie die binnenwirtschaftliche Belebung in den Vereinigten Staaten gelingt, die Wirkung der Einfuhrrestriktionen durch verstärkten Importsog abgeschwächt. Soweit sich die Primärwirkung der amerikanischen Maßnahmen durchsetzt und die deutsche Ausfuhr beeinträchtigt, führt dies bei flexiblen Kursen tendenziell zu einer Abwertung der DM, die die Konkurrenzfähigkeit deutscher Lieferanten gegenüber den Produzenten in den USA wieder verbessert.

Die währungspolitischen Reaktionen zahlreicher anderer Länder auf die amerikanischen Maßnahmen vom 13. August und auf die durch sie erneut ausgelöste Spekulation laufen überwiegend auf eine faktische Aufwertung gegenüber dem Dollar hinaus. Dadurch wird die deutsche Konkurrenzposition international entlastet. Die tatsächlichen Aufwertungssätze der DM gegenüber den meisten Währungen waren zuletzt merklich geringer als noch am 13. August. Dies gilt nicht für die Vereinigten Staaten, die weiterhin an der offiziellen Goldparität festhalten, sowie für Frankreich, das bisher noch seine alte Dollarparität beibehalten hat. Weitere Ausnahmen bilden Kanada, weil es bereits vor dem 10. Mai flexible Wechselkurse hatte, und die Niederlande, weil sie gleichzeitig mit der Bundesrepublik zum Floaten übergegangen waren. Seit dem 24. August pendelte jedoch der mit den Ausfuhranteilen der fünfzehn wichtigsten Exportländer gewichtete Aufwertungssatz der DM gegenüber April zwischen 4,0 und 4,7% und war damit im Durchschnitt um rund 1,5 Punkte geringer als am 13. August.

Bedrohte Freihandelsprinzipien

Die scharfen Proteste, die die jüngsten außenwirtschaftlichen Abwehrmaßnahmen der USA bei den Handelspartnern ausgelöst haben, lassen häufig außer acht, daß die lange geforderte Sanierung des Dollars eine Saldenverschiebung im Welthandel zugunsten der USA voraussetzt. Die jetzt mit diesem Ziel vorgenommene „Ersatzabwertung“ ist zwar schlechter als eine echte Kurskorrektur, aber weitaus besser als direkte Einfuhrkontingentierungen. Damit ist indes nur ein Aufschub bei der dringlichen währungspolitischen Neuordnung in der Weltwirtschaft gewonnen. Leider ist bisher weder bei der amerikanischen Regierung ein klares Konzept erkennbar noch ein gemeinsamer europäischer Vorschlag.

Eine Verschleppung der notwendigen Entscheidungen birgt die Gefahr, daß das schlechte Beispiel der USA im Umgang mit den Freihandelsprinzipien, die die weltwirtschaftliche Blüte der letzten zwanzig Jahre ermöglichten, Nachahmer findet. Ein solches Unsicherheitsmoment ist vor allem für Westeuropa und Japan bedrohlicher als die begrenzten – und kompensierbaren – direkten Folgen des Nixon-Programms. In dieser Situation müssen die westeuropäischen Länder stets im Auge behalten, daß sie mit der mehr oder weniger freizügigen Gestaltung ihrer außenwirtschaftlichen Beziehungen in erster Linie den Grad der wirtschaftlichen Arbeitsteilung unter sich bestimmen – und damit die Basis ihres Wohlstands.